



## PRESSEMITTEILUNG

18. Mai 2017

### **Öffentlich-rechtliche Unterbringung in der Eulenkrogstraße – Rot-grün nimmt Bedenken der Anwohnerinnen und Anwohner ernst**

Die Wandsbeker rot-grüne Koalition bekräftigt in einer Stellungnahme, die von der Bezirksversammlung beschlossen werden soll, die bezirklichen Beschlüsse, an in Volksdorf an der Eulenkrogstraße (Flurstück 270) eine öffentlich-rechtliche Unterkunft mit bis zu 260 Plätzen zu errichten. Bestandteil der Stellungnahme ist auch, dass im Zuge des Bebauungsplanverfahrens mit dem Eigentümer ein städtebaulicher Vertrag abgeschlossen werden soll, der die Renaturierung des Flurstückes nach Ende der Pachtzeit verbindlich regelt.

Anja Quast, die Vorsitzende der Wandsbeker SPD-Fraktion: „Wir sind überzeugt, dass dieser Standort einen wichtigen Beitrag für eine gerechte Verteilung der Unterkünfte für Geflüchtete über alle Stadtteile leisten wird. Gleichzeitig nehmen wir die von Anwohnerinnen und Anwohner geäußerten Bedenken in Hinblick auf die Wiederherstellung des Flurstückes nach der Nutzung sehr ernst und werden dazu in einem städtebaulichen Vertrag verbindliche Regelungen festschreiben.“

Dennis Paustian-Döscher, der Vorsitzende der Wandsbeker Grünen-Fraktion ergänzt: „Der neue Standort an der Eulenkrogstraße trägt sowohl zur Verbesserung der Stadtteilgerechtigkeit als auch zur Schaffung guter Integrationsvoraussetzungen bei.“

In der öffentlichen Anhörung am 10. Mai wurden von Anwohnerinnen und Anwohnern Bedenken geäußert, dass die Renaturierung der Fläche nach der Nutzung durch die Unterkunft auch tatsächlich umgesetzt wird. Diese Bedenken nimmt die Wandsbeker rot-grüne Koalition sehr ernst und hat sich deswegen für eine verbindliche Regelung durch einen städtebaulichen Vertrag ausgesprochen. Quast und Paustian-Döscher: „Es ist uns sehr wichtig, dass wir mit dem städtebaulichen Vertrag die Bedenken der Volksdorferinnen und Volksdorfer entkräften können, das ist ein großer Beitrag für eine gute Nachbarschaft.“

Integration kann gut gelingen, wenn die Kinder aus der Einrichtung gemeinsam mit anderen Kindern in den Kindertagesstätten rund um die Unterkunft betreut werden, deswegen sollen die Kindertagesstätten rund um die Unterkunft bedarfsgerecht ausgebaut werden. Quast und Paustian-Döscher: „Wir haben in unserer Stellungnahme entsprechende Bitten an die zuständige Fachbehörde und die Bezirksverwaltung gerichtet, damit die Kindertagesstätten in Volksdorf dem Bedarf entsprechend ausgebaut werden und so ein großer Schritt in Richtung Integration gegangen wird.“

Durch schwierige Gespräche der Stadt mit den Eigentümern ist es gelungen, diese Fläche für einen Zeitraum von 19 Jahren für eine öffentlich-rechtliche Unterkunft zu sichern. Diese lange Laufzeit macht den Standort im hamburgweiten Vergleich auch wirtschaftlich, wie durch eine Wirtschaftlichkeitsberechnung von fördern und wohnen belegt wird.